

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Anschlag Nr. 52.

Angabe des Preises für Anzeigen und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Anschlag Nr. 52.

Abonnement: Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 281

Donnerstag, den 1. Dezember 1932

27. Jahrgang

Heute Ernennung des neuen Kanzlers

Entscheidende Konferenz bei Hindenburg — Papen oder Schleicher — Erneute Besprechungen mit Hitler

Verständigungs- oder Kampfkabinet

Berlin, 29. Nov. Heute nachmittag erstatteten Reichskanzler v. Papen, Reichswehrminister v. Schleicher und Staatssekretär Dr. Weizsäcker dem Reichspräsidenten über den bisherigen Verlauf ihrer Fühlungnahme mit den Parteien und sonstigen Organisationen einen Zwischenbericht. Da die Besprechungen mit den Nationalsozialisten noch nicht beendet sind, hat der Reichspräsident seine endgültige Entscheidung noch zurückgestellt.

Wie nämlich von zutändiger Seite mitgeteilt wird, hat sich Hitler entschlossen, dem Wunsche Schleichers zu entsprechen, und wird morgen vormittag zu einer Aussprache über die politische Lage nach Berlin kommen. Hitler wird um 9 Uhr in Berlin eintreffen und gleich anschließend Besprechung stattfinden, so daß noch gegen Mittag der Reichspräsident über das Ergebnis dieser Aussprache unterrichtet werden kann.

Betragung des neuen Kanzlers

Berlin, 29. Nov. In politischen Kreisen erwartet man heute die Entscheidung über die Persönlichkeit des neuen Reichskanzlers für Mittwoch. Die Voraussetzung allerdings angelegentlichste Fühlungnahme zwischen dem Reichspräsidenten und Adolf Hitler bereits morgen beabsichtigt. Im allgemeinen hält man das für wahrscheinlich, daß diese Besprechung schon im Laufe des Vormittags abgeschlossen werden kann. In Kreisen der nationalsozialistischen Führung wurde heute abend noch die Aussicht gegeben, daß von einer solchen Zusammenkunft nichts bekannt sei. Es gilt aber in Berliner politischen Kreisen als sicher, daß sie stattfinden wird. Adolf Hitler wird morgen früh in Berlin erwartet. Nach seiner Zusammenkunft mit General von Schleicher findet dann die entscheidende Konferenz beim Reichspräsidenten statt, an der wieder Staatssekretär Weizsäcker, Reichskanzler von Papen und General von Schleicher teilnehmen. Heute ging bereits eine Besprechung im gleichen Kreise voraus. Ihr kommt aber nur die Bedeutung eines Zwischenberichtes zu. Ohne das Ergebnis der Besprechung zwischen dem Reichswehrminister und Adolf Hitler vorzunehmen zu können, glaubt man noch der ganzen Stimmung, die aus nationalsozialistischen Kreisen bekanntgeworden ist, nicht daran, daß Hitler die Tolerierung eines Kabinetts Schleicher zugehen wird. Für den Reichspräsidenten ergibt sich dann die Frage, ob er die Neubildung des Kabinetts dem Reichskanzler von Papen oder dem General von Schleicher übertragen wird. Diese Frage ist heute abend noch nicht zu beantworten. Es läßt sich nur feststellen, daß nach den rein stimmungsmäßigen Urteilen, die man heute abend hören kann, in erster Linie Reichskanzler von Papen in Frage kommt.

Die innerpolitische Lage im Spiegel der Presse

Berlin, 30. Nov. In den Berichten und Kommentaren zur innerpolitischen Lage in der Morgenpresse spielt naturgemäß die für heute erwartete Unterredung zwischen General von Schleicher und Adolf Hitler die Hauptrolle.

Die „Berliner Zeitung“, die es für möglich hält, daß General von Schleicher auch dann den Auftrag zur Kabinettsbildung bekommen könne, falls die Verständigung mit der NSDAP scheitert, hält es für verfrüht, schon jetzt anzunehmen, daß die Verständigung mit der größten Reichspartei auf keinen Fall gelingen werde. Es handele sich um ein Ziel, dem sicherlich noch beträchtliche Hindernisse im Wege ständen, doch seien diese Hindernisse nicht so groß, als daß sie von vornherein unüberwindbar erscheinen müßten. Ein Versuch sei jedenfalls notwendig und — bei aller gebotenen vorichtigen Schätzung der Erfolgchancen — zum mindesten nicht ganz aussichtslos.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bezeichnet als die Frage, die an Hitler zu richten sei, nicht die Frage nach einer Tolerierung eines etwaigen Kabinetts Schleicher. Daß die Nationalsozialisten auch gegen ein Kabinetts Schleicher in Opposition verharren würden, sei nach ihren früheren Erklärungen eine Selbstverständlichkeit. Es handele sich vielmehr angesichts der bestehenden Gefahr für Staat und Volk nur um die Form der Opposition oder, noch genauer ausgedrückt, darum, ob diese Opposition weiter eine legale Oppo-

sition bleiben werde. Das Blatt hofft, daß sich Hitler in der heutigen Unterredung allein von staatsmännlichen und vaterländischen Gesichtspunkten leiten lasse und nicht seinerseits eine Lösung der Regierungfrage entwerfe, die ihm in ganz kurzer Frist — vielleicht zunächst in Preußen, aber demnächst auch im Reich — die größten Aussichten eröffne. Die gleiche staatsmännliche Haltung sei aber auch von den amtlichen Stellen zu fordern. Jedenfalls dürften teilsfalls vorläufige Entschlüsse gefaßt werden, bevor volle Klarheit über die Haltung Hitlers geschaffen sei.

Das „Berliner Tageblatt“ glaubt, daß in der Unterredung Schleicher—Hitler auch die preussische Frage eine Rolle spielen würde. Es habe den Anschein, als hoffe man, vielleicht auf dem Wege über diese Frage Hitler zur Veränderung seiner Haltung bewegen zu können. Bei einem Scheitern der Verhandlungen müsse die Hoffnung, daß ein Kabinetts Schleicher mit irgendeiner Form parlamentarischer Unterstützung oder Duldung rechnen könne, endgültig aufgegeben werden.

Die „Germania“, die sehr heftig gegen die „öberrheinischen“ Anträge gegen eine Verständigung polemisiert, meint, daß die Möglichkeiten zu einer Lösung der Krise sich keineswegs in der Alternative „Verständigungs- oder Kampfkabinetts Schleicher oder Papen“ erschöpfen. Sie sei allzu primitiv und tue den Dingen zu sehr Gewalt an, als daß sie überzeugen könne. Wenn eine Verständigung mißlingt, dann sei es immer noch heiliger Pflicht aller Verantwortlichen, einen Weg zu gehen, der einer Verständigung am nächsten komme.

Der „Tag“ gibt der Besorgnis Ausdruck, daß bei einem weiteren Andauern der Krise der Schaden der Verletzung autoritärer Werte den Nutzen wirtschaft-

licher Eingriffe überwiegen könne. In dem Kampfe zwischen neudeutschem Parlamentarismus und nationaler Autorität der Präsidialgewalt müßte es geradezu ein Ziel des Parlamentarismus sein, die präsidiale Autorität in einer langen Krise sich abnutzen zu lassen. Möge der Reichspräsident in tatkräftiger Abwehr dieser Gefahr durch eine schnelle autoritäre Beendigung der Regierungskrise die Idee der autoritären Staatsführung als unantastbaren Grundsatz zur Durchführung bringen.

„NSDAP. wird ein Kabinetts Schleicher nicht tolerieren“

München, 29. Nov. Der „Bayerische Beobachter“ platziert an der Spitze seines Blattes: „Die NSDAP wird ein Kabinetts Schleicher nicht tolerieren“. Alfred Rosenberg bezeichnet das „Ubergangskabinetts Schleicher“ als „die letzte Hoffnung der vereinten Reaktion von Hindenburg—Januschau bis Breitscheid“ und fügt hinzu: „Unsere Stellung zu einem eventuellen Reichskanzler von Schleicher ist so eindeutig wie nur möglich: die NSDAP. wird ein Kabinetts des Generals von Schleicher ebensowenig tolerieren wie das Unheilskabinetts von Papen. Die Gründe sind die gleichen. Man kann nicht eine kleine Clique Diktator über Deutschland spielen lassen. Es geht auch nicht an, daß nun nach dem unmöglichen Herrn von Papen einfach der Reichswehrminister an seine Stelle treten kann. Niemand hat die Verdienste des Generals von Schleicher um die Reichswehr mehr anerkannt als wir. Aber Hitler war ja auch stets bereit, mit ihm als Reichswehrminister zusammenzuarbeiten. Dagegen würde ein Kabinetts von Schleicher psychologisch nicht nur innenpolitisch untragbar sein, sondern auch aus außenpolitischen Gründen, die näher auseinanderzusetzen wir heute keine Veranlassung haben.“

Französisch-russischer Nichtangriffspakt unterzeichnet

Paris, 29. Nov. Ministerpräsident Herriot und der Sowjetbotschafter in Paris unterzeichneten heute nachmittag den französisch-russischen Nichtangriffspakt.

Bei der Unterzeichnung des Paktes übermittelte Ministerpräsident Herriot die Grüße des französischen Volkes an die Völker der Sowjetunion, mit denen Frankreich immer herzlichere Beziehungen unterhalten wolle. Der soeben unterzeichnete Vertrag werde entsprechend der Art, wie er ausgestaltet werde, seinen Wert erhalten. Man möge nicht an den Bemühungen Frankreichs, ihn wirksam zu gestalten, zweifeln.

Sowjetbotschafter Dawidowitsch erklärte, die Sowjetregierung lege diesem Pakt einen hohen politischen und moralischen Wert bei, der den friedlichen Bestrebungen entspreche, von denen die Völker Frankreichs und der Sowjetunion beseelt seien. Ebenso wie die französische Regierung werde die Sowjetregierung alle ihre Bemühungen darauf richten, den neuen Vertrag für beide Länder wirksam und nutzbringend zu machen.

Die Entwicklung der deutschen Finanzen

Berlin, 29. Nov. In der Hochschule für Politik sprach heute abend Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk über die Entwicklung der öffentlichen Finanzen. Der Minister betonte, daß seit dem Jahre 1929 das gesamte Steueraufkommen (einschließlich Zölle) in Reich, Ländern und Gemeinden von 13,5 auf 10 Milliarden RM., die voraussichtlich im Jahre 1932 ausfallen würden, zurückgegangen sei, obwohl in dieser Zeit Steuererhöhungen und neue Steuern im Ausmaß von rund 2,5 Milliarden RM. jährlich eingeführt worden sind. In Wirklichkeit sei also seit 1929 ein Steuerausfall von 6 Milliarden RM. eingetreten. An einzelnen Steuern wies der Minister die Stufenfolge der Konjunkturreduzierbarkeit der Steuerarten nach. Die sonstigen Einnahmen seien um 2,2 Milliarden RM. gesunken. Demgegenüber seien die Ausgaben für die gesamte Arbeitslosenfürsorge um 1,5 Milliarden RM. gestiegen und würden sich um weitere 1—1,5 Milliarden RM. erhöhen, wenn nicht Kürzungen und andere Sparmaßnahmen getroffen worden wären. Der Minister

schien den Steuergutscheinen und einem Arbeitsbeschaffungsprogramm dar und trat weiter den Befürwortern entgegen, die hinsichtlich einer zu starken Belastung künftiger Jahre in der Öffentlichkeit geklagert worden sind. Die Belastung der Jahre 1933 bis 1938 würde zwischen 125 und 200 Millionen RM. jährlich aus Schatzamtsleistungen und aus Steuerzuschüssen jährlich 300 bis 500 Millionen RM. betragen je nach dem Ausmaß der Verwendung von Steuergutscheinen für Mehrereinstellung von Arbeitern. Der Redner schloß mit einem im ganzen doch zuversichtlichen Ausblick in die Zukunft unter der Voraussetzung, daß ein gewisses Vertrauen in die Stabilität der politischen Verhältnisse sich wiederherstelle und daß die Wirtschaft selbst den Weg zu ihren alten guten Prinzipien zurückfinde, und machte sich das längst in Düsseldorf geprägte Wort zu eigen: Gesunde Wirtschaft im starken Staat!

Der Vortrag des Ministers wurde von der riesigen Hörerschaft mit wiederholten Beifallsbekundungen angehört, die zum Schluß stürmische Formen annahmen.

Schuldenkündigung und Kriegslasten

Eine amerikanische Rundfunkrede

London, 29. Nov. Times meldet aus Washington: Der demokratische Senator Pat Harrison (Mississippi), der im künftigen Kongreß Vorsitzender des Finanzausschusses des Senates sein wird, sagte gestern abend in einer Rundfunkrede, im Falle einer völligen Streichung der Kriegsschulden würde sich die Erbschaft des Krieges, das heißt eine Last von 54 Milliarden Dollar, in folgender Weise verteilen: Deutschland würde möglicherweise mit 1 Prozent davonkommen. Es würden weiter entfallen auf Italien 2 Prozent, Frankreich 8 Prozent, die Vereinigten Staaten 39 Prozent und auf Großbritannien 50 Prozent. Daraus würden Folgen erwachsen, die man sich kaum vorstellen könne. Deutschland würde alsdann, frei von Schulden, künftig im Konkurrenzkampf der Welt an erster Stelle stehen. Auch Italien und Frankreich seien dabei in Rechnung zu ziehen. Die amerikanische Regierung habe die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die kommende Generation nicht zu wirtschaftlicher Sklaverei verurteilt werde.

Rekordtieftand des Pfundes

London, 29. Nov. Der Pfundkurs hat im Laufe des Tages einen Tiefstand erreicht, den es noch nie gehabt hat. Das Pfund wurde nur mit 3,1475 Dollar notiert.